



Kita-Streik Günther-Wünsch kündigt Notbetreuung an

Von Anna Thewalt, Robert Kiesel und Daniel Böldt

Vor dem Hintergrund der ab Montag geplanten unbefristeten Streiks in den Berliner Kitaeigenbetrieben hat Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) angekündigt, „dass es den Eigenbetrieben möglich sein wird, deutlich über zehn Prozent Notbetreuung anzubieten“. „Aber ich sage auch, es wird deutlich unter 100 Prozent sein“, sagte die Senatorin in einer Aktuellen Stunde zu Beginn der Abgeordnetenhaussitzung am Donnerstag.

Die Vorstellung der Gewerkschaften, lediglich für zehn Prozent der Kinder eine Notbetreuung vorzuhalten, sei „blanker Hohn“, sagte Günther-Wünsch. Dies umfasse nicht einmal alle Kinder mit besonderem Betreuungsbedarf, von Eltern mit systemrelevanten Berufen oder Alleinerziehenden. „Oberstes Ziel“ sei es, Berliner Familien trotz Streiks die bestmögliche Betreuung für ihre Kinder anzubieten. Darüber liefen nun Gespräche, die Kita-Leitungen informierten auch die Eltern und bezögen diese in die Planungen ein.

Die Umsetzung der Verdi-Forderungen bedeute die Neueinstellung von rund 4000 zusätzlichen Erzieherinnen und Erziehern, ergänzte die Senatorin. Jede Absenkung des Betreuungsschlüssels ziehe hunderte zusätzlich benötigte Stellen nach sich, sagte sie

Erster Warnstreik schon ab Freitag

Verdi hat Tarifbeschäftigte der Kitaeigenbetriebe Berlins aufgerufen, bereits diesen Freitag die Arbeit niederzulegen. Zuvor war nur die Rede von einem unbefristeten Streik ab kommenden Montag gewesen.

Auf Nachfrage sagte Verdi-Sprecher Kalle Kunkel, der Warnstreik am Freitag habe „eine begrenzte Wirkung“ und „keine Auswirkungen auf die Kapazitäten der Kitas“.

und stellte klar, es werde mit ihr keine Tarifverhandlungen mit Verdi geben.

CDU-Fraktionschef Dirk Stettner attackierte die Gewerkschaft für ihre Streikankündigung scharf. „Alle außer Verdi sind fest davon überzeugt, dass Verdi gerade einen großen Fehler macht“, erklärte Stettner im Abgeordnetenhaus unter dem Applaus seiner Fraktion – die SPD schwieg.

Die Mitarbeitenden der landeseigenen Kitas würden von Verdi „instrumentalisiert“, sagte Stettner und sprach von einer „ausgemachten Verdi-Krise in unserer Stadt“. „Ich halte dieses Vorgehen in höchstem Maße für illegitim, nicht verantwortungsvoll und nicht berechtigt“, erklärte er weiter, bezeichnete die Forderungen der Gewerkschaft als „weder realistisch noch berechtigt“ und forderte Verdi dazu auf, die Streikankündigung zurückzunehmen.

Linksfraktion fordert Entlastungsvereinbarung

Die Oppositionsparteien sehen hingegen den Senat in der Pflicht, den Streik noch abzuwenden und die Arbeitsbedingungen an den Kitas zu verbessern. Die bildungspolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, Marianne Burkert-Eulitz, warf der CDU vor, den Konflikt zu schüren. „Das Bashing von Gewerkschaft ist komplett unangebracht“, sagte sie an CDU-Fraktionschef Stettner gerichtet.

Der Senat hätte vor Monaten den Gesprächsfaden aufnehmen sollen. „Es liegt in ihrer Verantwortung, wenn diese Erzieherinnen immer wütender werden“, sagte sie. Es sei klar, dass zusätzliches Fachpersonal und mehr Geld nicht vom Himmel falle. „Aber der Teufelskreis in überlasteten Einrichtungen muss durchbrochen werden“, sagte Burkert-Eulitz. Sie forderte auch vom Regierenden Bürgermeister direkt, Verantwortung für die Kleinsten in der Stadt zu übernehmen.

Die bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Franziska Brychcy, ging den Senat hart an. Von Mai bis September habe der Senat nichts anderes gemacht, als die Beschäftigten in den Kitas zu beschimpfen, sagte sie. Die Krise in den Kitas verursache nicht der Streik, sondern der Personalmangel und die belastenden Arbeitsbedingungen. Brychcy forderte, eine Entlastungsvereinbarung mit einem verbindlichen Personalschlüssel abzuschließen.

Alexander Freier-Winterwerb, Sprecher für Kinder, Jugend, Familie der SPD-Fraktion, bekannte sich in seiner Rede zum Streikrecht und erklärte sich unter Applaus von SPD, Grünen und Linke solidarisch mit den Streikenden. Er sprach sich dafür aus, die Entlastungen etwa durch die Absenkung von Zugangsvoraussetzungen für Bewerberinnen und Bewerber zu erreichen.